

„Bituminierung im Luftkurort ist Nonsens“

ÖDP-Kreischef Peter-Michael Schmalz kritisiert den Riedenburger Stadtrat und die „Allmacht des Landrates“

Riedenburg (DK) Der ÖDP-Kreisvorsitzende Peter-Michael Schmalz schließt für Riedenburg ein Bündnis zwischen der neuen Bürgerliste und der Ökologisch Demokratischen Partei (ÖDP) nicht aus. Das erklärte der ÖDP-Kreisrat im Gespräch mit DK-Redakteur Harald Rast.

Herr Schmalz, die ÖDP hat Anfang Juli angekündigt, mit einer eigenen Liste in die Wahlen für den Riedenburger Stadtrat zu ziehen. Wie weit sind die Vorbereitungen gediehen?

Peter-Michael Schmalz: Anfang September wird das weitere Vorgehen von den lokalen ÖDP-Mitgliedern festgelegt. Zeitgleich werden wir in ganz Riedenburg ein soeben fertig gestelltes Vorstellungsblatt über die grundsätzlichen ÖDP-Positionen zu den aktuellsten gesellschaftlichen Problemen in Bayern verteilen.

Warum stimmen Sie das Informationsblatt nicht auf die speziellen Riedenburger Belange ab?

Schmalz: Ein solches Informationsblatt wird es dann etwa drei Wochen später geben. Aufgrund der Reaktionen auf diese Aktionen werden wir entscheiden, ob wir eine eigene Liste aufstellen oder uns mit einer anderen Liste verbünden.

Welche Liste könnte das sein?

Schmalz: Es gab vor einigen Wochen lockere informelle Gespräche zwischen der Bürgerliste und der ÖDP. Ende September werden wir gemeinsam

gesagt

„Für die Kaiser-Werft soll das letzte zusammenhängende Waldstück im Altmühltal im Kreis Kelheim gerodet werden.“

die Frage klären, ob das Potenzial in Riedenburg ausreicht, zwei Listen aufzustellen, oder ob die ÖDP und die Bürgerliste gemeinsam in den Wahlkampf ziehen.

Gibt es denn eine politische Schnittmenge zwischen der ÖDP und der Bürgerliste?

Schmalz: Bisher haben wir nur über das Potenzial gesprochen, das Riedenburg bietet. Wir müssen prüfen, ob sich trotz der von den jetzt regierenden Parteien verursachten Politikverdrossenheit genügend Leute für eine Kandidatur zur Verfügung stellen.

Was bestärkt Sie in Ihrer Hoffnung?

Schmalz: Das politische System in Riedenburg war jahrelang zementiert: CSU, CWG, Freie Wähler und SPD. Und jetzt gibt es plötzlich jede Menge Aktivitäten. Im Extremfall könnten drei weitere Gruppierungen auf den Plan treten. Das beweist, dass die Unzufriedenheit über die im Stadtrat vertretenen Parteien groß ist.

Wird die ÖDP – eventuell gemeinsam mit der Bürgerliste – einen Bürgermeister-Kandidaten ins Rennen schicken? Und wer soll Spitzenkandidat der ÖDP werden?

Schmalz: Es gibt zum jetzigen Zeitpunkt noch keine konkreten Überlegungen hierzu. Diese Entscheidung treffen völlig autark die Riedenburger ÖDP-Mitglieder.

Warum will die ÖDP in ihrem ersten Informationsblatt

Beilagenhinweis

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma XXXLutz, Nürnberg, bei. Bitte nutzen Sie diese Information!



„Landrat Hubert Faltermeier ist nicht wichtiger als eine Putzfrau in der Goldberg-Klinik“: ÖDP-Kreischef Peter-Michael Schmalz im DK-Interview.

Foto: Hauser

die speziellen Riedenburger Probleme ausklammern?

Schmalz: Die ÖDP ist bundesweit aktiv. Wir wollen daher zunächst unsere grundsätzlichen Lösungsansätze für die Probleme, die in ganz Deutschland vorhanden sind, den Riedenburgern vorstellen. Zum Beispiel wollen wir den Leuten erklären, dass wir als einzige Partei für ein staatliches Erziehungsgehalt von 1000 Euro pro Monat und damit für echte Wahlfreiheit bei der Art der Kinderbetreuung sind.

Finanziert sich die ÖDP auch anders als die übrigen Parteien?

Schmalz: Die ÖDP ist die einzige Partei in Deutschland, die keine Spenden von Firmen und Lobby-Verbänden annimmt und deshalb rein sachorientiert und nicht ferngesteuert durch das Kapital entscheidet. Das unterscheidet uns nicht nur von allen anderen Parteien, sondern auch von den Freien Wählern.

Die ÖDP hat angekündigt, den Kampf gegen die in Riedenburg geplante Bituminierungs-Anlage zum Wahlkampf-Thema zu machen. Besteht hier eine inhaltliche Übereinstimmung mit der Bürgerliste?

Schmalz: Das politische Programm der Bürgerliste steht noch nicht im Detail fest. Für die ÖDP ist aber klar: Eine Bituminierungs-Anlage im Luftkurort Riedenburg ist Nonsens. Der Vorschlag von „Pro Riedenburg“, das Projekt in Neustadt zu realisieren, ist super.

Die Pappenfabrik hat diese Idee aber bereits verworfen.

Schmalz: Ja, leider. Aber es herrscht in Riedenburg auch Unzufriedenheit über die stinkende Kläranlage, über die Ansiedelung der Kaiser-Werft in Haidhof und die Aktivitäten der Stadt im ehemaligen Bundeswehr-Munitionslager bei Schaitdorf.

Was ist zu Schaitdorf denn geplant?

Schmalz: Schaitdorf soll aus der Naturpark-Verordnung herausgenommen werden. Das hat der Riedenburger Stadtrat vom Landkreis gefordert, um seine Bauleitplanung in diesem Bereich fortsetzen zu können. Die Naturpark-Verordnung wirkt hier wie ein Sperrriegel. Über dieses Anliegen wird aber der Kreistag entscheiden. Ich habe „Pro Riedenburg“ deshalb angeboten, einen Ortstermin in Schaitdorf mit den ÖDP-Kreisräten zu vereinbaren.

Und warum wendet sich die ÖDP gegen den Bau der Kaiser-Werft?

Schmalz: Für die Kaiser-Werft soll das letzte zusammenhängende Waldstück im Altmühltal im Kreis Kelheim gerodet werden. Gleichzeitig ist dieser Wald auch der einzige Puffer zum Freizeitgebiet am Agatha-See.

Aber auch die Detail-Planung der Werft bereitet Ihnen Bauchschmerzen. Warum?

Schmalz: Das Unternehmen will zum Beispiel seine Parkplätze unmittelbar neben der Fertigungshalle bauen. Man hätte die Parkplätze auch auf der anderen Straßenseite anlegen können, dann müsste viel weniger Wald gerodet werden. Es ist einfach ignorant, immer genau das umzusetzen, was die Industrie fordert. Die vom Bürger gewählten kommunalen Gremien sind in solchen Fragen gefordert, auch auf die Umwelt und das Gemeinwohl zu achten, und nicht immer Gehör bei Fuß vor den Firmen zu stehen.

Aber der Riedenburger Stadtrat argumentiert zum Beispiel, er sei gesetzlich gezwungen gewesen, Ja zur Bituminierungs-Anlage zu sagen. Andernfalls hätten Regress-Forderungen der Pappenfabrik gedroht. Müsstest du nicht künftige ÖDP-Stadträte ebenfalls allen Industrie-Ansiedlungen zustimmen?

Schmalz: Nein. Mit der Bauleitplanung kann jede Gemeinde die Ansiedelung bestimmter Industrien ausschließen. Die Kommunen sind nach Artikel 28/2 des Grundgesetzes bei der Bauleitplanung autark. Die Gemeinde muss sich nur frühzeitig Gedanken über ihre städtebauliche Entwicklung machen.

Hat sich der Riedenburger Stadtrat diese Gedanken nicht gemacht?

Schmalz: Es hat den Anschein.

Warum hat auch das Landratsamt die Bituminierungs-Anlage trotz der Umwelt-Bedenken abgesegnet?

Schmalz: Wegen der Vorgaben der Verantwortlichen in Riedenburg war die grundsätzliche Richtung für das Kelheimer Landratsamt vorgegeben. Das geht aus dem Bescheid eindeutig hervor. Die Anlage wird ununterbrochen leicht lösliche chemische Stoffe ausstoßen. Und das in der Riedenburger Kessellage. Die Bituminierungs-Anlage und der Luftkurort passen zusammen wie Feuer und Wasser. Hier wäre eine gesonderte Überprüfung angezeigt, ob das Landratsamt hier nicht im Detail wesentlich stärkere Einschränkungen im Sinne der Luftreinheit – und damit des Allgemeinwohls – hätte festsetzen können. Auch hier sind „Pro Riedenburg“ und die ÖDP absolut auf einer Linie.

Die ÖDP wendet sich nicht nur gegen den Bau der Werft an der Riedenburger Schiffsanlegestelle, sondern auch gegen die Errichtung eines 68 Meter hohen Siloturms im Kelheimer Hafen. Was spricht gegen diese Maßnahme in einem reinen Industrie-Gebiet?

Schmalz: Der Siloturm sollte ursprünglich sogar 83 Meter hoch werden. Die acht Mitglieder des Hafenzweckverbandes, einschließlich meiner Person, haben im September 2006 vom Verbandsvorsitzenden, Landrat Faltermeier, lediglich als kurzfristige Sitzungsvorlage Fotomontagen des Turms bekommen. Das hat fürchterlich aus gesehen. Diesem Vorhaben konnte ich nie und nimmer zustimmen. Das wäre ein Schandfleck am Eingang zum Altmühltal geworden.

Könnte man das Silo denn nicht niedriger bauen?

Schmalz: Aber sicher! Im Regensburger Osthafen hat man im Jahr 2006 ein nur 33 Meter hohes Misch-Silo errichtet. Ich habe Landrat Faltermeier deshalb in dieser Sitzung aufgefordert, mit dem Investor zu sprechen, damit das Gebäude niedriger wird. Faltermeier erwiderte: „Ich werde den Teufel tun, mit dem Investor zu verhandeln. Das ist nicht meine Aufgabe.“ Aber wessen Aufgabe soll es denn sonst sein, wenn nicht die des Hafenzweckverbandes-Vorsitzenden? Faltermeier, der sich sehr gerne und medienwirksam als Vorsitzender des Landschaftspflegevereins VÖF feiern lässt, wollte den 83 Meter hohen Siloturm ohne jegliche Abstriche in der überaus sensiblen Landschaft an den Winzerer Hängen und in direkter Sichtachse von der B 16 zur Befreiungshalle unbedingt durchboxen.

Wie kam es dann zu den 68 Metern Höhe?

Schmalz: Erst behauptete Landrat Faltermeier in strammer Industrie-Hörigkeit, das Silo müsse 83 Meter hoch werden. Dann waren plötzlich nach dem breiten Widerstand in der Bevölkerung, im Kelheimer Stadtrat und im Saaler Gemeinderat 60 Meter ausreichend. Und jetzt hat das Landesamt für Denkmalpflege 40 Meter als oberste Schmerzgrenze festgelegt. Mit dieser Höhe könnte auch ich leben. Das wäre ein fairer Kompromiss. Auch die Investoren-Firma Osterhuber hat gegenüber einem Saaler Bürger eingeräumt, dass zwei nebeneinander stehende Silos zu je 40 Metern Höhe auch gehen würden.

gesagt

„Dem Landrat ist der Kreistag nur noch lästig. Hubert Faltermeier denkt, er ist allmächtig.“

Was hat die Kreis-ÖDP denn an weiteren Wahlkampf-Themen in der Hinterhand?

Schmalz: Wir wollen noch viel stärker einem wirklichen Klimaschutz zum Durchbruch verhelfen und endlich echte Transparenz bei der Verwendung der Steuergelder schaffen. Auch wollen wir die vorhandenen massiven Seilschnitten des Landrates beenden.

Fordert die ÖDP deshalb die Einsicht in die persönlichen Verfügungsmittel des Landrates?

Schmalz: Es geht nicht darum, den Landrat auszuforschen. Dafür ist Faltermeier viel zu unwichtig. Der Landrat

ist auch nicht wichtiger als eine Krankenschwester oder eine Putzfrau in der Goldberg-Klinik. Aber das Geld in den Finanztopfen des Landkreises gehört dem Steuerzahler und nicht dem Herrn Faltermeier. In einer Zeit der historischen Höchstverschuldung des Landkreises Kelheim müssen die Kreisräte gemäß ihres gesetzlichen Auftrags ohne Tabus in jeden Finanztopf hineinschauen, um das Sparpotenzial selbst bewerten zu können. Aber nach Methode Faltermeier „Geheime Reichssache – nur für hohe Staboffiziere“ müssen wir ständig blinde Kuh spielen. Wir sind im Kelheimer Kreistag und nicht im chinesischen Volkskongress, dessen Aufgabe im Alibi-Abnicken besteht. Der Kreistag ist Faltermeier nur noch lästig. Denn er denkt, er ist allmächtig und würde deshalb am liebsten alles ganz alleine entscheiden.

Kann die kleine ÖDP im Kreistag denn etwas bewegen?

Schmalz: Es gibt im Kreistag keine andere Partei, die so viele Initiativen gestartet hat wie wir drei Kreisräte. Die ÖDP hat über die Jahre gerechnet sogar über ein Drittel ihrer Anträge ganz oder teilweise durchbekommen: PVC-Verbot in Kreis-Bauten, Photovoltaik auf den Dächern der Kreis-Gebäude oder Energieeinsparung bei öffentlichen Gebäuden, Resolution zur Abschaffung des Büchergeldes, Resolution zum Hochwasserschutz und vieles mehr. Viele Ideen hat der Landrat erst abgelehnt, aber sie später für sich reklamiert.

Gibt es weitere Kritikpunkte an der Arbeit des Landrates?

Schmalz: Faltermeier ist in Sachen Konzern-Nähe ein besonders peinliches Beispiel. Kassiert er doch auf dringenden eigenen Wunsch jedes Jahr für einige Kaffeekränzchen etwa 3000 Euro vom Energie-Multi E.ON. Ein ALG-II-Empfänger muss hiervon sieben Monate leben. Da wundert es Otto Normalbürger nicht, dass Faltermeier in den Jahren 2000 bis 2005 nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, den Schmutzstrom-Liefervertrag für Landkreiseinrichtungen mit E.ON zu kündigen. Diese Möglichkeit hätte in jedem Jahr bestanden. Der Schmutzstrom-Einkäufer Faltermeier setzt sogar noch eins oben drauf und behauptet vollmundig in der Ankündigung der Umwelttage Kelheim 2007, dass der Klimaschutz das vielleicht wichtigste Thema der nächsten Jahre ist. Das ist Klimaschutz-Heuchelei pur und eine dreiste Verarschung des Bürgers.